

Jahrgang 70, 2021, Heft 1 – Inhalt

EDITORIAL	1
ONLINE-ARCHIV Thema: Politische Bildung	4
IN EIGENER SACHE GWP zum 70. Jahrgang – ein Lagebericht	5
PINNWAND Glückwünsche zum Start in den 70. Jahrgang	11
MEINUNG <i>Michael May</i> Haltung ist keine didaktische Strategie! – Zu einem Missverständnis im Kontext der Demokratiebildung	17
AKTUELLE ANALYSEN <i>Thomas Waldvogel und Michael Wehner</i> „Die sind doch eh alle gleich!“ Über die (Un-)Unterscheidbarkeit von kommunalen Wahlangeboten	23
<i>Karsten Schäfer</i> Welche Rolle sollten Parlamente in der Corona-Krise spielen?	31
WIRTSCHAFTSPOLITISCHE KOLUMNE <i>Jens van Scherpenberg</i> Fiatgeld und Corona-Krise	39
FACHAUFSÄTZE <i>Martin Thunert</i> Von Trump zu Biden: Wohin gehen die USA nach der Anti-Trump Wahl vom 3. November 2020?	49
<i>Eckhard Jesse</i> Die halbherzige Reform: wider den aufgeblähten Bundestag	60
<i>Heinz-J. Bontrup</i> Verwirrung um Arbeitslosigkeit und ihre Statistik	71

<i>Luca Karg & Maurice Laßhof</i> Hat die Jugend eine Stimme? Fridays for Future und Auszubildende im Krisenklima	84
SERIE DEUTSCHLAND 2020/2021	
<i>Sylvia Veit</i> Die öffentliche Verwaltung im modernen Staat	99
KONTROVERS DOKUMENTIERT	
<i>Edmund Budrich</i> Wer ist antisemitisch? Meinungsfreiheit – unbegrenzt? Der Bundestagsbeschluss gegen die BDS-Bewegung	111
POLITISCHE DIDAKTIK	
<i>Isabelle-Christine Panreck</i> Kontroversität im Politikunterricht Einblicke in den Umgang mit „controversial issues“ in England	119
DAS BESONDERE BUCH	
<i>G. Günter Voß</i> Künstliche Intelligenz und technologische Macht Über Paul Nemitz/Matthias Pfeffer: Prinzip Mensch. Macht, Freiheit und Demokratie im Zeitalter der Künstlichen Intelligenz	131
REZENSIONEN	
<i>Hendrik Kipper</i> Sabine Achour / Siegfried Frech / Peter Massing / Veit Straßner (Hrsg.): Methodentraining für den Politikunterricht, Frankfurt/Main: Wochenschau, Neuauf. 2020, 336 S. mit umfangreichem Downloadmaterial	137
<i>Christian Fischer</i> Michael May / Gudrun Heinrich (2020): Rechtsextremismus pädagogisch begegnen. Handlungswissen für die Schule. Stuttgart, Kohlhammer	138
DIE AUTORINNEN UND AUTOREN	140

Fiatgeld und Corona-Krise

Jens van Scherpenberg

Die Corona-Krise hat zu einer beispiellosen, sonst nur aus Kriegszeiten bekannten Zunahme der weltweiten Verschuldung von Staaten und Unternehmen geführt. Die großen Industriestaaten nehmen immer neue Billionenbeträge an Schulden auf, um ihre Wirtschaft zu stützen. Und ihre Zentralbanken fluten seit Beginn der Coronakrise die Wirtschaft mit Billionen neuen Geldes, indem sie immer größere Teile der neu emittierten Schulden aufkaufen. Alle bisherigen Warnmarken für Schuldenquote, Haushaltsdefizite und Geldmengenerweiterung haben ihre Gültigkeit verloren.

Viele fragen angesichts dieser riesigen Summen daher besorgt und verständnislos „können wir uns das leisten?“ Auch unter Wirtschaftswissenschaftlern besteht erstaunliche Unsicherheit darüber, wie diese Entwicklung zu beurteilen sei, stehen sich mahnende und abwiegelnde Stimmen gegenüber. Daher lohnt es sich, zu untersuchen, was die Billionen neuer Staatsverschuldung und Zentralbankgeldschöpfung über die Natur dessen, was wir heute unter „Geld“ verstehen, verraten und was über unser Wirtschaftssystem. Daraus

ergibt sich auch eine Antwort darauf, „wie lange das noch gut gehen kann“, wo die Risiken der riesigen Corona-bedingten Geldflut liegen.

1. Das „Mysterium“ der Geldschöpfung

„Dixitque Deus fiat lux et facta est lux“ – „Und Gott sprach es werde Licht und es ward Licht“. So lautet der zweite Satz der lateinischen Vulgata-Bibel. Und so wie laut Bibel allein durch die Kraft des Gotteswortes das Licht erschaffen wurde, so hört man heute die Präsidenten und Gouverneure der führenden Zentralbanken mit ihren Direktoren sprechen: Es werde Geld – „fiat money“ – und es ward Geld, und zwar in einer Menge, die von nichts als ihrer freien Entscheidung abzuhängen scheint, eine „creatio ex nihilo“ – Geldschöpfung aus dem Nichts, beruhend allein auf der hinter ihnen stehenden Macht des Staates.

Die Zeiten, als Währungen mit Gold gedeckt waren, also mit einer real existierenden, durch er-



Dr. Jens van Scherpenberg
Geschwister-Scholl-Institut für
Politikwissenschaft
Ludwig-Maximilians-Universität München

Von Trump zu Biden: Wohin gehen die USA nach der Anti-Trump Wahl vom 3. November 2020?

Martin Thunert

Für viele war es eine ‚Schicksalswahl‘, doch man kann die Präsidentschaftswahl vom 3. November 2020 auch als einen seltenen, aber durchaus klassischen Fall betrachten, bei dem ein amtierender und eine zweite Amtszeit suchender Präsident aufgrund der Zeitumstände und schwerer eigener Fehler beim Regieren von einer Mehrheit der im Wahlleutegremium bereits nach vier Jahren abgewählt wurde. Zuletzt widerfuhr dies in der klassischen Form 1980¹ dem Präsidenten Jimmy Carter. Er war innerparteilich stark umstritten, erhielt in Senator Edward M. Kennedy einen starken parteiinternen Herausforderer, den er knapp, aber angeschlagen besiegte und verlor dann nicht zuletzt aufgrund der das gesamte Jahr 1980 andauernden Geiselnahme amerikanischer Botschaftsangehöriger in Teheran einschließlich eines missglückten militärischen Befreiungsversuches mit acht toten US-Soldaten sowie einer schwachen Wirtschaftsbilanz gegen seinen republikanischen Herausforderer Ronald Reagan. Auch Trumps Niederlage beruhte ähnlich wie die Carters auf den Zeitumständen, auf schweren Regierungsfehlern bei der Reaktion auf die Anfang 2020 ausbrechende Covid-19 Pandemie, aber auch auf rückläufiger Unterstützung aus einer klassischen Wählerschicht, den überwiegend weißen Menschen in Amerikas Vorstädten und einer enormen Gegenmobilisierung unter schwarzen Wählern und progressiven Weißen. Carters Niederlage 1980 war besonders folgenreich, leitete sie doch eine konservative Wende in den USA vor allem in den Bereichen der Wirtschafts- und Steuerpolitik, aber auch in der Haltung gegenüber der Sowjetunion und dem Sowjetkommunismus ein. Werden der Wahlsieg Joe Bidens und die Kontrolle beider Kammern des Kongresses durch die



Dr. habil. Martin Thunert

Senior Research Lecturer Political Science
Heidelberg Center for American Studies
Universität Heidelberg

Die halbherzige Reform: wider den aufgeblähten Bundestag

Eckhard Jesse

Zusammenfassung

Ein demokratischer Verfassungsstaat wie die Bundesrepublik Deutschland basiert auf demokratischen Wahlen. Der Beitrag analysiert einen Wahlrechtsaspekt, der schon seit einiger Zeit in aller Munde ist: Wie kann die Aufblähung des Deutschen Bundestages unterbleiben? Dabei wird ein Reformansatz erörtert: Die radikale Reduktion der Zahl der Wahlkreise gewährleistet die Einhaltung der Soll-Größe von 598 Abgeordneten.

1. Einleitung

War das hiesige Wahlverfahren auch vor den Eingriffen im letzten Jahrzehnt nicht ganz einfach zu verstehen (Behnke 2007), so ist es seither noch „schlimmer“ geworden. Seit mehr als einer Dekade steht in der (Politik-)Wissenschaft, der Publizistik und der Politik das Wahlrecht auf der Agenda, und zwar ein spezifischer Aspekt. Dieser bewegt die Gemüter. Das Bundesverfassungsgericht hat angesichts des Streits mehrfach dazu Stellung bezogen (Meyer 2015). Seit längerem wird darüber diskutiert, wie sich ein weiteres personelles Aufblähen des Deutschen Bundestages verhindern lässt. Mehrere Versuche des früheren Bundestagspräsidenten Nobert Lammert und des jetzigen Wolfgang Schäuble führten zu keinem Erfolg, obwohl beide sogar mit eigenen Vorschlägen aufwarteten.

Wenngleich alle Parteien prinzipiell die Notwendigkeit eingesehen haben, die Zahl der Bundestagsabgeordneten zu verringern, hadert(e) der Deutsche Bundestag mit ei-



Prof. Dr. Eckhard Jesse

Bis 2014 Professor im Fach Politikwissenschaft an der TU Chemnitz

Verwirrung um Arbeitslosigkeit und ihre Statistik

Heinz-J. Bontrup

Zusammenfassung

Ein hoher Beschäftigungsstand, so steht es im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967, ist eine entscheidende volkswirtschaftliche Zielgröße. Es muss alles wirtschaftspolitisch versucht werden, um dies zu erreichen. Die Realität ist aber eine völlig andere. Seit Jahrzehnten liegt eine chronische Massenarbeitslosigkeit vor, deren statistische Erfassung verwirrend und für die Öffentlichkeit nicht transparent ist und zudem noch in ihrer Höhe als tatsächlich bestehende Arbeitsplatzlücke zu gering ausgewiesen wird.

Einleitung

Arbeitslosigkeit begleitet den Kapitalismus von Anfang an.¹ Es gab immer nur kurze Phasen von Vollbeschäftigung. Während der Weimarer Zeit war die Arbeitslosigkeit auf über 6 Millionen (Januar 1932) angestiegen. Nicht zuletzt war dies der Grund für ihren Untergang und die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten im Jahr 1933. Die verheerenden Ergebnisse sind hinlänglich bekannt. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg belief sich zunächst bis zur ersten Hälfte der 1950er Jahre die absolute Zahl der Arbeitslosen noch auf über eine Million. Dann kam es immer mehr zu einer *Vollbeschäftigung*. Mit der Wirtschaftskrise von 1966/67 kehrte allerdings das „Gespenst der Arbeitslosigkeit“ zurück und seit der schweren Weltwirtschaftskrise von 1974/75 kam es zu einer *Massenarbeitslosigkeit*, die mit der Wiedervereinigung weiter stark zulegte. Der Höhepunkt, nur bei den registrierten Arbeitslosen, wurde dann mit fast 5 Millionen im Jahr 2005 erreicht.



Prof. i.R., Dr. rer. pol. Heinz-J. Bontrup

von 1996 bis 2019 Hochschullehrer an der Westfälischen Hochschule für Wirtschaftswissenschaft mit Schwerpunkt Arbeitsökonomik, zurzeit Gastprofessor an der Universität Siegen, Fachbereich Plurale Ökonomik, Sprecher der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

Hat die Jugend *eine* Stimme?

Fridays for Future und Auszubildende im Krisenklima

Luca Karg & Maurice Laßhof ¹

Zusammenfassung

Ist Fridays for Future die Stimme der jungen Generation? Hält das diskursiv getragene Bild *einer* „Klimajugend“ einem empirischen Vergleich von Fridays for Future und Auszubildenden in der Automobilindustrie stand? Ihre (Klima-)Krisenwahrnehmungen und -empfindungen sowie ihre politischen Einstellungen werden anhand von drei Thesen diskutiert.

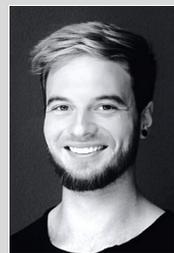
Die Corona-Pandemie bestimmt seit einem halben Jahr das politische und mediale Geschehen. Gleichzeitig hat die junge Klimabewegung, die unter dem Motto „Fridays for Future“ (FfF) bis zum Lockdown freitags auf den Straßen für den Klimaschutz streikte, an medialer Aufmerksamkeit eingebüßt. Dennoch ist die Klimakrise nach wie vor die zentrale Arena politischer Auseinandersetzungen. Seitdem Greta Thunberg am 20. August 2018 zum ersten Mal vor dem schwedischen Parlament für mehr Klimaschutz demonstrierte, hat der Begriff „Klimakrise“ im Diskurs des deutschen Parlaments an Prominenz gewonnen: 2019 tauchte der Terminus in den Debatten des Deutschen Bundestags in Relation zu 100.000 gesprochenen Worten doppelt so oft auf wie noch im Jahr 2017 (vgl. Zeit, 2020a).

FfF macht die Erfahrung, dass deren Proteste zwar gesellschaftliche sowie politische Aufmerksamkeit erfahren – radikale Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels fehlen nach wie vor. Der politische *Modus Operandi* der Regierungsparteien in Deutschland entspricht vielmehr der Kombination einer beständigen Externalisierung



Luca Karg

Wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Soziologie, Lehrstuhl: Arbeits- Organisations- und Wirtschaftssoziologie, Prof. Dr. Ulrich Brinkmann. Technische Universität Darmstadt.



Maurice Laßhof

Wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Soziologie, Lehrstuhl: Arbeits- Organisations- und Wirtschaftssoziologie, Prof. Dr. Ulrich Brinkmann. Technische Universität Darmstadt.

Die öffentliche Verwaltung im modernen Staat

Sylvia Veit

Zusammenfassung

Kein Staat funktioniert ohne öffentliche Verwaltung. Dieser Artikel erläutert, wie sich das Verhältnis zwischen Politik und Verwaltung historisch entwickelt hat, welche Stellung die Verwaltung im heutigen Staatsgefüge hat und wie sie mit neuen Herausforderungen wie der Digitalisierung und dem Fachkräftemangel umgeht.

1. Einleitung

„Herrschaft ist im Alltag primär: Verwaltung.“ (Weber, 1922, S. 126). Dieses Zitat von Max Weber verdeutlicht, dass ein Verständnis von Politik und politischer Herrschaft ohne Kenntnis des jeweiligen Verwaltungssystems nicht möglich ist. Politik und Verwaltung erfüllen unterschiedliche Hauptaufgaben – Politik gestaltet die Gesellschaft durch die Verabschiedung von Gesetzen und politischen Programmen, Verwaltung setzt die politischen Entscheidungen und Regelungen um. Dennoch ist die Verwaltung kein reines Instrument der Politik. Die Vorstellung der Verwaltung als einer rein vollziehenden und dienenden Instanz deckt sich nicht mit der Realität. In der Realität sind öffentliche Verwaltungen in alle Phasen des politischen Prozesses involviert. Man denke beispielsweise an die Bereitstellung von Wissen und die darauf basierende Beratung der Politik durch Behörden wie das Robert-Koch-Institut oder das Umweltbundesamt, an die detaillierte Ausformulierung von Gesetzentwürfen



Prof. Dr. Sylvia Veit
Fachgebiet Public Management, Universität Kassel

Wer ist antisemitisch? Meinungsfreiheit – unbegrenzt?

Edmund Budrich

Seit über einem Jahr wird in Deutschland eine Diskussion darüber geführt, ob der Beschluss des Deutschen Bundestages, der sich gegen die BDS-Bewegung wendet, die Meinungsfreiheit beeinträchtigt.

Die im folgenden (in notwendigerweise kurzen Ausschnitten) dokumentierten Positionen der streitenden Parteien zeigen, dass der Begriff "Antisemitismus" in unterschiedlichem Verständnis Streitgegenstand ist, und dass die Streitenden unterschiedliche Bereiche im Blick haben – den des kulturellen Austauschs (Meinungsfreiheit), den des politischen Geschehens im Nahen Osten (Existenzrecht Israels) und den der Wirkungen auf die deutsche Gesellschaft

Der Ausgangspunkt

Der Beschluss des Deutschen Bundestages

Der Bundestag hat am Freitag, 17. Mai 2019, einen gemeinsamen Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten – Antisemitismus bekämpfen“ angenommen. Für den Antrag stimmten die CDU/CSU, SPD, FDP, große Teile von Bündnis 90/Die Grünen und der fraktionslose Abgeordnete Mario Mieruch. Dagegen stimmten große Teile der Linksfraktion und Teile der Grünen-Fraktion. Enthalten haben sich die AfD-Fraktion sowie Teile der Linksfraktion und Teile der Grünen-Fraktion. Anträge der AfD und



Edmund Budrich
Mitherausgeber und Redakteur von GWP

Kontroversität im Politikunterricht

Einblicke in den Umgang mit „controversial issues“ in England

Isabelle-Christine Panreck

Zusammenfassung

Der Beitrag analysiert die politischen Rahmenbedingungen und wissenschaftlichen Empfehlungen zum Umgang mit kontroversen Themen im Politikunterricht in England. Besondere Aufmerksamkeit kommt der Frage zu, anhand welcher Kriterien „controversial issues“ überhaupt zu identifizieren sind.

1. Die Grenzen des Erträglichen

Nur vier Jahre nach ihrer Gründung im Jahr 2013 zog mit der Alternative für Deutschland (AfD) eine rechtspopulistische Partei als stärkste Oppositionskraft in den Bundestag ein, deren Jugendorganisation „Junge Alternative“ vom Verfassungsschutz Anfang 2019 als Verdachtsfall eingestuft wird. Die hohe Präsenz in der Öffentlichkeit und die Anschlussfähigkeit unter Jugendlichen rückt die Frage in den Vordergrund, wie die politische Bildung auf die Herausforderung durch rechtspopulistische Tendenzen reagieren soll (vgl. May 2020, S. 112f). Unter Druck geriet dabei der 1976 gefasste „Beutelsbacher Konsens“, der seither die Leitplanken für schulischen Politikunterricht festlegt (statt vieler Widmaier und Zorn 2016). So ist der Lehrkraft erstens nicht erlaubt, Schülerinnen und Schülern eine Meinung aufzudrängen und so am selbstständigen Urteil zu hindern (Überwältigungsverbot). Zweitens muss im Unterricht kontrovers sein, was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist (Kontroversitätsgebot), drittens soll der Lernende in die Lage versetzt werden, die beobachtete politische Lage im Sinne eigener Interessen zu beeinflussen (Interessenorientierung) (vgl. Wehling 1977).



PD Dr. Isabelle-Christine Panreck

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden

Künstliche Intelligenz und technologische Macht

G. Günter Voß

Der auffällig formatierte Buchtitel „Prinzip Mensch“ deutet schon an, dass die 450 Seiten starke Schrift nicht nur dem Umfang nach ein besonders Buch sein möchte. Erst der kleinere Untertitel macht auf das zentrale Thema politischer Fragen hinsichtlich des Reizworts „Künstliche Intelligenz“ aufmerksam. Der auch sachlich ausgesprochen selbstbewusste Titel signalisiert, dass es um ein durch ökonomisch-technische Informationen und geistesgeschichtliche Reminiszenzen unterlegtes Anliegen mit hohem Anspruch geht: Um den Rekurs auf ein alteuropäisches Menschenbild zur Abwehr einer sich im historischen Vergleich in bisher so nicht gekannter Qualität verselbständigenden neuartigen Technologie. Der Text versteht sich vor diesem Hintergrund erklärtermaßen als politische Streitschrift angesichts tiefgreifender digital-technischer Umgestaltungen von Wirtschaft und Gesellschaft und ihrer nach wie vor nicht überall verstandenen weitreichenden Folgen. Und jenseits eines für viele Leser*innen sicherlich hilfreichen technischen oder philosophischen Hintergrundwissens ist das Werk vor allem aufgrund seiner so kenntnisreich nur selten vorgestellten digitalpolitischen Anregungen gerade aktuell überaus wichtig.

Die Autoren

Paul Nemitz ist Jurist bei der EU-Kommission zu den Themen Verbraucherschutz und Grundrechte und war an der Entwicklung der EU-Datenschutzgrundverordnung

	<p>Prof. Dr. rer.pol. habil. em. G. Günter Voß Technische Universität Chemnitz, Institut für Soziologie</p>	
	<p>Foto: Janine Guldener</p>	
	<p>Paul Nemitz, Matthias Pfeffer, Prinzip Mensch. Macht Freiheit und Demokratie im Zeitalter der Künstlichen Intelligenz. Dietz 2020</p>	